

tiv in der Partei- und Staatsführung herausgebildet. Die Deutsche Demokratische Republik, ihre Politik des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts, besteht vor dem Urteil der Geschichte.

DDR — Beispiel für ganz Deutschland

Am 8. Mai 1965 beginnt das dritte Jahrzehnt in der Geschichte des neuen Deutschlands, das aus dem materiellen und ideellen Trümmerhaufen, den uns der deutsche Imperialismus und Militarismus hinterließ, entstanden ist. Zuversichtlich und siegesgewiß setzen die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihren für ganz Deutschland beispielgebenden Weg fort: Indem sie den Aufbau des Sozialismus vollenden, die Deutsche Demokratische Republik allseitig stärken, sichern sie den Frieden und stärken sie das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt.

Das sichere Unterpfand dafür ist die feste Zusammenarbeit und unverbrüchliche Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion. Diese Freundschaft hat lange Traditionen und tiefe Wurzeln. Sie geht zurück auf die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit dem russischen Proletariat vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und nach der Schaffung des ersten sozialistischen Staates der Welt. Das brüderliche Bündnis hat seine Krönung im Abschluß des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand gefunden, der bis an die Schwelle des nächsten Jahrtausends heranreicht.

Die klassenbewußten deutschen Arbeiter, die im Bündnis mit allen in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten Kräften in der DDR die Geschicke der Nation leiten, waren und sind die treuesten Söhne der Nation. Beharrlich kämpften und kämpfen die Bürger der DDR um eine Friedensregelung und um die allmähliche Überwindung der Spaltung Deutschlands. Die Politik der staatsmonopolistischen Regierung Westdeutschlands treibt immer offener zum Krieg. Die westdeutschen Militaristen versuchen auf den verschiedensten Wegen, die Bundeswehr atomar aufzurüsten und die Bevölkerung durch revanchistische Hetze auf einen dritten Weltkrieg vorzubereiten. Mit einem dritten Staatsstreich will die Bonner Regierung vollendete Tatsachen schaffen, Westdeutschland in die atomare Aufrüstung einbeziehen, um auf diesem Wege ihre Vorherrschaft in Westeuropa durchzusetzen und eine Gleichstellung mit den USA

zu erreichen. Vor dem deutschen Volk zeichnet sich die Gefahr der lang dauernden Spaltung des Landes ab.

In Vorbereitung und Durchführung des 20. Jahrestages ist darum das Geheimnis zu enthüllen, wie das deutsche Monopolkapital zwei Weltkriege vom Zaune gebrochen und gesetzmäßig verloren hat. Besonders unter der jungen Generation, die den Kapitalismus aus eigener Erfahrung nicht mehr kennt, gilt es, am Beispiel der geschichtlichen Lehren nachzuweisen, wie das staatsmonopolistische Westdeutschland heute wiederum die Gefahren einer Weltkatastrophe herauf beschwört.

Wir erklären offen, daß es nur einen Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gibt. Am Anfang dieses Weges steht die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten auf gleichberechtigter Grundlage und die gegenseitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten. In der Ansprache des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, zum Jahreswechsel 1964/65 sind konkrete Vorschläge unterbreitet worden, um den Frieden zu sichern und Voraussetzungen für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu schaffen. Diese Vorschläge umfassen:

1. Rüstungsstopp in beiden deutschen Staaten und Verwendung der eingesparten Gelder für soziale und Bildungszwecke.
2. Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung in jeglicher Form.
3. Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen der DDR und dem besonderen Gebiet Westberlin.
4. Beseitigung der Diskriminierung im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten und Abschluß eines Vertrages über die gegenseitige Errichtung von Handelsvertretungen.
5. Bildung von gemeinsamen Kommissionen für Fragen des Handels, des Verkehrs, der Finanzen und der Rechtshilfe, die auf gleichberechtigter Basis arbeiten.
6. Einstellung jeder Diskriminierung der Bürger der DDR im Reiseverkehr.
7. Abschaffung der westdeutschen Gesetze, die Bürger der DDR der Willkür westdeutscher Staats- und Justizorgane aussetzen.

Je schneller und erfolgreicher die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik den Aufbau des Sozialismus vollziehen, je eher die westdeutschen Werktätigen, durch das Beispiel der DDR ermutigt und ermuntert, die Bundesrepublik aus einem revanchistischen Separat-